

Gemeinschaftsbildung durch die NATO im euro-atlantischen Sicherheitsfeld. NATOisierung Polens als Fallbeispiel

*Cornelia Frank**

Paper für das Panel
„Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung im
Spannungsfeld zwischen Moral, Interesse und Recht“,
Tagung „Solidarität und Gemeinschaftsbildung in den
internationalen Beziehungen“,
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen/Außenpolitik und
Teilprojekt B 8 des SFB 600 an der Universität Trier,
25.-27. September 2007

* Cornelia Frank, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl
für Internationale Beziehungen/Außenpolitik der Universität Trier,
Universitätsring 15, 54296 Trier, ☎ 0651/201-2110,
✉ cornelia.frank@uni-trier.de

Abstract

Das vorliegende Papier geht der Frage nach, durch welche Akteure, mittels welcher Mechanismen und unter welchen Bedingungen die sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung durch die NATO im euro-atlantischen Sicherheitsfeld erfolgreich gewesen ist. Argumentiert wird, dass die bislang entwickelten Konzepte von Sicherheitsgemeinschaft aufgrund ihrer Fokussierung auf die Entstehung und den Erhalt von Sicherheitsgemeinschaften nur begrenzt hilfreich sind, um die Erweiterung von Sicherheitsgemeinschaften wie der NATO analytisch erfassen zu können. Einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke wird durch den Rückgriff auf die Sozialisationsforschung ermöglicht, mittels derer Mechanismen und Bedingungen sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung spezifiziert werden können. Verstanden wird sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung im vorliegenden Papier als eine spezifische Form internationaler Sozialisation, d.h. als ein Prozess, durch den Staaten veranlasst werden sollen, die Grundschemata und –regeln einer Sicherheitsgemeinschaft zu übernehmen. Ermittelt wird der Grad der Gemeinschaftsbildung durch die NATO im euro-atlantischen Sicherheitsfeld anhand von Indikatoren auf der institutionellen Ebene, der Verhaltensebene sowie argumentativen Ebene. Abgeleitet sind diese Indikatoren aus den innerhalb der Theorien internationaler Beziehungen vorgenommenen Konzeptualisierungen und Operationalisierungen internationaler Normen sowie den Konzepten der Sicherheitsgemeinschaft, die gemeinsame Institutionen, Verhaltenserwartbarkeit, Vertrauens- sowie kollektive Identitätsbildung als zentrale Aspekte der Gemeinschaftsbildung betrachten. Einem ersten empirischen Härtetest unterzogen wird die Konzeptualisierung sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung als eine spezifische Form internationaler Sozialisation am Beispiel der NATOisierung Polens.

Gemeinschaftsbildung durch die NATO im euro-atlantischen Sicherheitsfeld.

NATOisierung Polens als Fallbeispiel

1 Einführung: Lesarten zur Persistenz der NATO und ihrer Rolle bei der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung

*In jedem Land klingt die Frage Hamlets anders
(Stanisław Lec, 1962)*

Mit der Frage von Sein oder Nichtsein sah sich die NATO insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts konfrontiert. Vertreter des strukturellen Neorealismus (Mearsheimer 1990; Waltz 1993) begründeten ihre skeptische Haltung gegenüber der Überlebenschance der NATO damit, dass mit dem Wegfall des sowjetischen Gegners und den Machtverschiebungen in Europa zugunsten Deutschlands die beiden Bindeglieder der NATO wegfielen.¹ Dahingegen ist die NATO nach neoliberal-institutionalistischer Lesart (Keohane/Nye/Hoffmann 1993; Haftendorn/Keohane/Wallander 1999) ihrer raison d'être nicht verlustig gegangen, weil die Mitglieder zum einen noch immer ihrer herkömmlichen Funktionen der kollektiven Verteidigung, der transatlantischen Konsultation und der kollektiven Sicherheit bedürften, wenn auch in modifizierter Form. Zum anderen habe die NATO unter dem Eindruck von Schlagworten wie „NATO: Out of Area or Out of Business“ (Lugar 1993) und „NATO – Expand or Die“ (Brzezinski 1994) durch die Übernahme weitreichender Aufgaben im internationalen Krisenmanagement und den Stabilitätstransfer nach Osteuropa überzeugende Antworten auf neue Sicherheitsprobleme gefunden (Theiler 2003).

Obschon die neoliberal-institutionalistische Prognose der funktionalen Umorientierung einer empirischen Überprüfung eher standhält als jene des strukturellen Neorealismus, wurde auch hier ein entscheidender Aspekt übersehen: die qualitativen Veränderungen der NATO, die ihr Legitimationspotenzial und ihre Attraktivität sowohl für Mitglieds- als auch Beitrittsländer nicht nur gewahrt, sondern offensichtlich gesteigert hat (Siedschlag

¹ Als die Persistenz der NATO seine ursprüngliche Prognose widerlegte, führte Waltz (2000: 29) die hegemoniale Vormachtstellung der USA, die ihre Einfluss auf die Außen- und Militärpolitik europäischer Staaten aufrechtzuerhalten suche, als Erklärungsfaktor an. Zur Kritik an der Waltz'schen NATO-Diagnose Siedschlag (2004: 103f.).

2004: 104f.).² In der Tat maßen die postkommunistischen Staaten der NATO-Mitgliedschaft bei ihrer sicherheitspolitischen Neuausrichtung Anfang der 1990er Jahre übergeordnete Bedeutung bei. Aus ihrer Sicht setzte die NATO mit ihren Insignien institutioneller Eingebundenheit, insbesondere aufgrund des kollektiven Verteidigungsprinzips gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrags sowohl auf der symbolischen Ebene als auch im Hinblick auf eine etwaige militärische Bedrohung einen weitaus eindeutigeren Zugehörigkeitsrahmen als die EU. In Anbetracht des zögerlichen Öffnungsprozesses der EG bzw. EU fungierte die NATO für die postkommunistischen Staaten darüber hinaus als „Beschaffungsinstrument“ für die gewünschte „Westidentität“ (Alamir/Pradetto 1997: 23; Steves 2001: 345), von deren Institutionen und Symbolen sie während der Nachkriegsordnung gezwungenermaßen abgetrennt waren.

Auf institutionalisierte Kooperationsmuster, gemeinschaftliche regulative und konstitutive Normen sowie die kollektive Identität als liberale Demokratien führen sozialkonstruktivistische Studien die Persistenz der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zurück (Risse 1996; Williams/Neumann 2000). Das Ende des Kalten Krieges „not only does not terminate the Western community of values, it extends that community of values (...) into Eastern Europe (...), creating a 'pacific federation' from Vladivostok to Berlin“ (Risse 1996: 396). In eine ähnliche Stoßrichtung zielte Bill Clinton, ehemaliger amerikanischer Präsident, als er die NATO nach Erscheinen der Erweiterungsstudie im Herbst 1995 als qualitativ neue Sicherheitsgemeinschaft präsentierte:

„NATO's success has involved promoting security interests, advancing values, supporting democracy and economic opportunity. We have literally created a community of shared values and shared interests, as well as an alliance for the common defence. Now, the new democracies of Central and Eastern Europe and the former Soviet Union want to be a part of enlarging the circle of common purpose, and in so doing, increasing our own security“ (zit. nach Williams/Neumann 2000: 372).

Nach dieser Lesart wurde die 1969 formulierte Erwartung des Autorenkreises um Karl W. Deutsch nicht nur erfüllt, sondern gar übertroffen. Diese gaben am Ende ihrer Studie „Political Community and the North Atlantic Area“ der Hoffnung Ausdruck, die NATO werde über eine Militärallianz hinaus zu einer

² Ein weiteres Beispiel für die gestiegene institutionelle Attraktivität der NATO ist die französische Wiederannäherung an die militärischen Strukturen der Allianz.

Sicherheitsgemeinschaft heranwachsen, innerhalb derer die friedliche Regelung von Konflikten durch gemeinsame Institutionen, kompatible Interessen und Werte sowie einen Gemeinschaftssinn gewährleistet wird (Deutsch et al 1969: 203).

Inwiefern es der NATO tatsächlich gelungen ist, im Zuge ihrer Osterweiterungen „senses of community and belonging“ (Checkel 2005: 802) zu schaffen, bleibt indes zu prüfen. Mithin: Durch welche Akteure, unter welchen Bedingungen und mittels welcher Mechanismen ist die NATO bei ihren Bemühungen um sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung im erweiterten Europa erfolgreich gewesen?

Die Beantwortung der Fragestellung erfolgt in drei Arbeitsschritten. Zunächst werden das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft von Deutsch, das Konzept der „imagined security community“ von Adler/Barnett sowie das Konzept der „securitized community“ der Kopenhagener Schule vorgestellt und hinsichtlich ihres Verständnisses von sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung verglichen (Kap. 2).³ Da diese Konzepte aufgrund ihrer Fokussierung auf die Entstehung und den Erhalt von Sicherheitsgemeinschaften nur begrenzt hilfreich sind, um die Erweiterung von Sicherheitsgemeinschaften wie der NATO analytisch erfassen zu können, wird zur Schließung dieser Lücke auf Erkenntnisse aus der Sozialisationsforschung zurückgegriffen. Sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung als eine spezifische Form internationaler Sozialisation begreifend, werden deren Mechanismen und Erfolgsbedingungen herausgearbeitet (Kap. 3). Ein erster empirischer Härtetest dieser Konzeptualisierung sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung erfolgt schließlich am Beispiel der NATOisierung Polens (Kap. 4).

2 Das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft aus theoretischer Perspektive

Wird der Begriff „Gemeinschaft“ im Sinne von „idealised images of solidarity and coherent identity“ (Tilly 1998: 397) mit Blick auf die internationalen Beziehungen verwendet, ist damit die Hoffnung verbunden, Solidarität zwischen den Nationen zu schaffen bzw. zu erneuern. Eben diese Hoffnung spiegelt auch das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft wider, das die Autoren um Karl W. Deutsch in den 1950er und 1960er Jahren entwickelten.

³ Prominente Vertreter der Kopenhagener Schule sind Barry Buzan, Ole Wæver und Pertti Joenniemi.

2.1 Das Konzept der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft von Deutsch

Unter Sicherheitsgemeinschaft versteht Deutsch (1969: 6) eine Gruppe von Menschen, die sich insoweit integriert haben, dass „there is a real assurance that the members of that community will not fight each other physically, but will settle their disputes in some other way“. Hierbei differenziert Deutsch zwischen einer verschmolzenen Sicherheitsgemeinschaft mit einer gemeinsamen Regierung und der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft, in der die Regierungen der Mitglieder ihre legal-formalistische Souveränität behalten.⁴ Da pluralistische Sicherheitsgemeinschaften Deutsch (1968: 279) zufolge leichter zu bilden und aufrechtzuerhalten sind, erachtet er diese als wirksameres Mittel zur Bewahrung des Friedens unter ihren Mitgliedern.⁵ Die Existenz pluralistischer Sicherheitsgemeinschaft setze drei Bedingungen voraus: (1) die Vereinbarkeit zentraler Werte; (2) rasche und gewaltfreie Reaktion der beteiligten Regierungen auf die Anliegen ihrer Partner; sowie (3) eine gegenseitige Verhaltenserwartbarkeit in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten.⁶ Für den Integrationsprozess zur Sicherheitsgemeinschaft erachtet Deutsch (1969: 36) neben gemeinsamen Institutionen und Praktiken insbesondere einen Gemeinschaftssinn als entscheidend, d.h.

„a matter of mutual sympathy and loyalties; of „we-feeling“, trust, and mutual consideration; of partial identification in terms of self-images and interests; of mutually successful predictions of behavior, and of cooperative action in accordance with it – in short, a matter of a perpetual dynamic process of mutual attention, communication, perception of needs, and responsiveness in the process of decision-making“.

Was die Bedeutung äußerer Bedrohungen für die Bildung bzw. das Fortbestehen von Sicherheitsgemeinschaften betrifft, betrachtete Deutsch (1969: 202) die Gefahr eines sowjetischen Militärschlags als nicht zwingend notwendig, aber hilfreich für die Entwicklung der NATO zu einer Sicherheitsgemeinschaft. In Abgrenzung zu Deutsch, der davon ausgeht, dass Akteure Bedrohungen objektiv

⁴ Das Konzept der verschmolzenen Sicherheitsgemeinschaft wird im vorliegenden Papier nicht behandelt, weil es für die Konzeptualisierung der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung durch die NATO aufgrund der legal-formalistischen Souveränität ihrer Mitgliedstaaten nicht relevant ist.

⁵ Im Folgenden wird „Sicherheitsgemeinschaft“ synonymisch für „pluralistische Sicherheitsgemeinschaft“ verwendet.

⁶ Russett (1998: 373) verweist darauf, dass Deutsch die Kompatibilität von Werten, nicht aber deren Übereinstimmung, als zentrale Voraussetzung für die Bildung von Sicherheitsgemeinschaften erachtet.

in der Welt vorfinden, und Identitäten mehr oder weniger stabile Einheiten sind, haben sozialkonstruktivistische Studien das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft sowohl in Bezug auf die Erzeugung von Bedrohungen als auch in Bezug auf die Konstruktion von Identitäten grundsätzlich überarbeitet (Bonacker/Bernhardt 2006: 221f.).⁷

2.2 Das Konzept der security community von Adler/Barnett

Im Unterschied zu Deutsch, der zwischen der verschmolzenen und pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft unterscheidet, beschäftigen sich Adler/Barnett ausschließlich mit dem Typus der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft.⁸ Definiert wird diese als „a transnational region comprised of sovereign states whose people maintain dependable expectations of peaceful change“ (Adler/Barnett 1998: 30). Wie auch bei Deutsch zeichnen sich Sicherheitsgemeinschaften Adler/Barnett (1998: 35) zufolge dadurch aus, dass ihre Mitglieder die friedliche Streitbeilegung als einziges Mittel zur Konfliktlösung habitualisiert haben. Bei beiden Konzepten besteht die Gemeinschaftsbildung aus zwei unterschiedlichen, aber eng zusammenhängenden Prozessen: Zum einen nehmen konkrete Transaktionen wie Handel oder militärischer Austausch mit fortschreitender Vergemeinschaftung zu. Zum anderen entwickelt sich – durch Eigendynamik oder bewusste Konstruktion – eine gemeinschaftliche Identität, die den Zusammenhang der Sicherheitsgemeinschaft garantieren soll (Freistein 2004: 14). Ausgehend von einem Drei-Phasen-Modell unterscheiden Adler/Barnett im Prozess der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung zwischen drei Stufen, im Laufe derer sich die Entwicklung von einer *nascent community* über die *ascendant community* zu einer *mature community* vollzieht.

Im Unterschied zu Deutsch betrachten Adler/Barnett kulturelle oder soziale Ähnlichkeiten innerhalb der entstehenden Gemeinschaft nicht zwangsläufig als etwas gegebenes; vielmehr können diese auch zum Zwecke der Gemeinschaftsbildung konstruiert werden. Eine Sicherheitsgemeinschaft wird folglich als „imagined community“ (Adler/Barnett 1998: 33) betrachtet. Die entscheidende Frage ist hierbei „not whether there is such a thing as an

⁷ Zur Kritik am Identitäts- und Bedrohungsverständnis von Deutsch Joenniemi (2004).

⁸ Hierbei differenzieren Adler/Barnett (1998: 30) zwischen zwei Idealtypen: lose und eng verbundene Sicherheitsgemeinschaften.

international community, but rather: when does it matter, where does it matter, and how does it matter“ (Adler/Barnett 1998: 5). Nach der Wirkung von Sicherheitsgemeinschaften fragend, führen Adler/Barnett die Kategorie „Macht“ in den Gemeinschaftsbildungsprozess ein. Verstanden wird diese als „authority to determine shared meaning that constitutes the 'we-feeling' and practices of states and the conditions which confer, defer, or deny access to the community and the benefits it bestows on its members“ (Adler/Barnett 1998: 39). Unklar bleibt indes, aus welchen Quellen sich diese Definitionsmacht speist. Zwar sprechen Adler/Barnett (1998: 43) internationalen Organisationen als Stätten der Sozialisation und des sozialen Lernens eine wichtige Rolle bei der für die Entstehung einer *mature community* erforderlichen kollektiven Identitätsbildung zu. Sie verweisen hierbei auf die Bedeutung von Machtasymmetrien zwischen Sozialisanden und internationalen Organisationen (Adler/Barnett 1998: 45), die als „actors in their own right“ mittels ihrer Repräsentanten als „new missionaries“ die Werte der Sicherheitsgemeinschaft zu verbreiten versuchen (Adler/Barnett 1998: 420). Unterspezifiziert bleiben allerdings die Bedingungen und Mechanismen für den Erfolg von Sozialisation und sozialem Lernen als zentralen Mitteln zur sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung.

Sicherheitsgemeinschaften als „imagined community“ (Adler/Barnett 1998: 33) begreifend, stellt sich die Frage, wie solch eine Gemeinschaft sozial konstruiert wird. Denn „vorgestellte“ Gemeinschaften werden erst durch Symbolisierung geschaffen, d.h. durch den gemeinsamen Bezug auf Normen und Werte, und existieren nicht schon vor ihrer Symbolisierung (Bonacker 2003: 452). Entscheidend ist somit nicht, welche Vorstellungen von der Sicherheitsgemeinschaft in den Köpfen ihrer Mitglieder vorhanden sind, sondern wie auf die Gemeinschaft in Diskursen Bezug genommen wird, und wie sich diese Bezugnahme, d.h. die (De-)Sekuritisierung in Praktiken niederschlägt. Einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leistet das Konzept der Sekuritisierung der Kopenhagener Schule.

2.3 Das Konzept der Sekuritisierung – von der *security community* zur *securitized community*

Im Zentrum des Konzepts der Sekuritisierung (Wæver 1995; 1997; 1998; Buzan 1997; Buzan/Wæver/de Wilde 1998) steht die Frage, wie etwas zu einem

Sicherheitsproblem wird.⁹ Sekuritisierung bedeutet, dass ein Sachverhalt als eine existenzielle Bedrohung eines Referenzobjekts präsentiert wird – traditionell, aber nicht notwendigerweise der Staat (Buzan/Wæver/de Wilde 1998: 21). Durch den Sprechakt des sekuritisierenden Akteurs wird ein Diskurs ausgelöst, im Zuge dessen ein gesellschaftliches Problem sekuritiert, d.h. als existenzielle Bedrohung anerkannt werden soll (Wæver 1995: 57; 1997: 221). Durch die spezielle Natur von Sicherheitsbedrohungen soll der Einsatz außergewöhnlicher Maßnahmen zur Gefahrenabwehr gerechtfertigt werden. Die festgestellte Sicherheitsbedrohung dient als Legitimation für die Anwendung von Gewalt, für die Beanspruchung besonderer Kompetenzen des Staates etc. Demnach stellt Sekuritisierung eine extreme Form von Politisierung dar (Buzan/Wæver/de Wilde 1998: 23).

Wie auch Deutsch, beschäftigen sich die Arbeiten der Kopenhagener Schule mit der Bedeutung äußerer Bedrohungen für die Gemeinschaftsbildung. Gemäß des Konzeptes der Sekuritisierung können Gemeinschaften zu versicherheitlichten Gemeinschaften (*securitized communities*) werden, wenn sie sich bedroht fühlen und die wahrgenommene äußere Bedrohung zur inneren Integration nutzen. Im Unterschied zu Deutsch allerdings, der erfolgreiche Integration mit Sicherheit gleichsetzt, wird in Arbeiten der Kopenhagener Schule (Wæver 1998; 2004) die Entstehung von Frieden darauf zurückgeführt, dass Gesellschaften sich gegenseitig dauerhaft nicht als Bedrohung wahrnehmen und Sicherheit gar kein Thema der zwischenstaatlichen Beziehungen wird. Frieden ist demnach als Folge der Abwesenheit von Versicherheitlichung zu verstehen und nicht als Folge der Integration von Sicherheitsgemeinschaften (Bonacker/Bernhardt 2006: 225). Während Sekuritisierung Wæver (1998) zufolge tendenziell konfliktverschärfend wirkt, sind Prozesse der Desekuritisierung friedensfördernd. Gemeinschaften integrieren sich dann nicht mehr über für existenziell gehaltene Bedrohungen, sondern aufgrund anderer, weniger exkludierend wirkender Unterscheidungen (Bonacker/Bernhardt 2006: 228).

Mit dem Konzept der Sekuritisierung gehen drei Implikationen einher. Zum anderen wird die Sicherheitsagenda um die ökonomische, politische,

⁹ Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Sekuritisierung liefert Knudsen (2001).

gesellschaftliche und ökologische Dimension erweitert.¹⁰ Zum anderen wird das objektive und subjektive Verständnis von Sicherheit um eine intersubjektive Komponente erweitert. Indem Sicherheit als Sprechakt definiert wird, kann sowohl das Ausmaß des innerhalb politischer Einheiten als auch zwischen ihnen geteilten intersubjektiven Verständnisses von Sicherheit und Bedrohung herausgearbeitet werden (Frank 2003: 11). Die Kenntnis der Grenzen und der Reichweite des geteilten intersubjektiven Verständnisses von Sicherheit und Bedrohung ist ein Schlüssel zum Verständnis bestimmter Verhaltensweisen (Buzan/Wæver/de Wilde 1998: 31). Integriert werden sollte in den Analyserahmen zur Untersuchung von Sicherheitsgemeinschaften, dass deren Mitglieder unterschiedliche Vorstellungen von Sicherheit und Bedrohung haben können und Identitäten im Unterschied zum gegebenen, stabilen Identitätsverständnis bei Deutsch umstritten sind. Erzeugt werden kollektive Identitäten durch Sprache. Erst der kommunikative Bezug auf Gemeinschaft produziert und reproduziert Gemeinschaft (Bonacker 2003: 458). Entscheidend ist hierbei der Mechanismus der Exklusion und jener der Inklusion. Die Mitglieder einer Gemeinschaft erzeugen diese sowohl durch die Abgrenzung gegenüber Anderen als auch durch die Verbindung unterschiedlicher Aspekte innerhalb einer Gemeinschaft. Gemäß dieses Verständnisses wird nicht Gemeinsamkeit, sondern Differenz zum Ausgangspunkt der Analyse von Prozessen der Gemeinschaftsbildung (Bonacker/Bernhardt 2006: 224). Schließlich geht mit dem Konzept der Sekuritisierung einher, dass die Bedeutung von Definitionsmacht bei der Konstruktion von Sicherheit und Bedrohung berücksichtigt wird, denn „security is articulated only from a specific place, by an institutional voice“ (Wæver 1995: 57).

2.4 Zwischenbilanz

Haben sich Konzepte von Sicherheitsgemeinschaften bislang überwiegend auf deren Entstehung und Erhalt konzentriert, wurde den Erweiterungsprozessen von Sicherheitsgemeinschaften wie der NATO aus theoretischer Perspektive vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteil. Studien zu vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteil. Der ehemals von Adler/Barnett (1998: 429f.) konstatierte

¹⁰ Zu den theoretischen und methodischen Schwierigkeiten eines erweiterten Sicherheitsbegriff Ayoob (1997).

Bedarf an Untersuchungen zur Frage, „how the boundaries of the community expand“, besteht auch heute noch.

Vonnöten ist eine genauere Spezifizierung der Mechanismen und Bedingungen sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung. Darüber hinaus müssen sowohl Konfliktpotenziale als auch Synergieeffekte, die sich im Zuge sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildungsprozesse ergeben können, systematisch herausgearbeitet werden. Von besonderer Bedeutung internationaler Gemeinschaftsbildungsprozesse wie jenem der NATO-Osterweiterung sind schließlich internationale Organisationen als Sozialisationsarenen.

Um die Funktionslogik sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildungsprozesse zu verstehen, bietet sich das euro-atlantische Sicherheitsfeld in besonderem Maße an. Als weltweit am stärksten institutionalisiertes Handlungsgebiet weist es infolge der sich integrierenden postkommunistischen Staaten eine besondere Dynamik auf (Checkel 2005: 802). Gleichsam eines „Forschungslabors“ lassen sich unterschiedliche Praktiken, Mechanismen sowie Erfolgsbedingungen der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung beobachten. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, konnte die NATO ihre Identitätskrise nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erfolgreich überwinden, indem sie sich Sicherheitsgemeinschaft liberaler Demokratien präsentiert hat und als solche anerkannt worden ist. Aufgrund ihrer normativen und materiellen Macht hatte sie eine hervorgehobene Stellung bei der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung im euro-atlantischen Sicherheitsfeld. Durch welche Akteure, mittels welcher Mechanismen und unter welchen Bedingungen sie hierbei erfolgreich gewesen ist, soll im folgenden Kapitel herausgearbeitet werden.

3 Konzeptualisierung der Gemeinschaftsbildung durch die NATO im euro-atlantischen Sicherheitsfeld als Sozialisationsprozess

3.1 Gemeinschaftsbildung als Sozialisationsprozess

Die Gemeinschaftsbildung durch die NATO wird als spezifische Form internationaler Sozialisation im Politikfeld Sicherheit begriffen. Definiert wird sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung als ein Prozess, durch den Staaten veranlasst werden sollen, die Grundschemata und –regeln einer Sicherheitsgemeinschaft zu übernehmen. Internationale Sozialisation wird im

Anschluss an Schimmelfennig (2003b: 406) insofern breiter definiert, als sie die „internationale Gesellschaft“ insgesamt im Blick hat und nicht nur Sicherheitsgemeinschaften als einen ihrer Akteure. Um den Prozess vom Ergebnis unterscheiden zu können, wird sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung vom „Anfang“ her definiert, d.h. als einen Prozess, der darauf abzielt oder das Potenzial besitzt, Staaten zur Normübernahme zu veranlassen.¹¹ Neben Normen – verstanden als „kollektiv geteilte Standards angemessenen Verhaltens“ (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 7) – werden auch Schemata als wesentliche Inhalte der Gemeinschaftsbildung betrachtet, d.h. die für die Kultur der Sicherheitsgemeinschaft charakteristischen Denk- und Wahrnehmungsweisen, Bedeutungs- und Wertzuschreibungen.

Mit dem Begriff der „Übernahme“ wird ein gelungener Prozess sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung beschrieben. Die *Übernahme* von Schemata und Regeln unterscheidet sich von deren einfacher *Verwendung* oder *Befolgung* dadurch, dass *interne* Mechanismen sicherstellen, dass der sozialisierte Akteur sich an die Grundschemata und –regeln der Sicherheitsgemeinschaft hält (in Anlehnung an Schimmelfennig 2003b: 407).¹² Somit sind nach einer erfolgreichen Übernahme externe Sanktionen oder andere Formen internationalen Einflusses nicht mehr nötig (March/Olsen 1989: 60f.). Vielmehr impliziert erfolgreiche Sozialisation und damit auch Gemeinschaftsbildung, „that an agent switches from following a logic of consequences to a logic of appropriateness; this adoption is sustained over time and is quite independent from a particular structure of material incentives or sanctions“ (Checkel 2005: 804). Eine partiell gelungene sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung liegt dann vor, wenn sich solche internen Mechanismen zwar etabliert haben und bei einer Herausforderung der Grundschemata und –regeln aktiv werden, jedoch einen Verhaltensverstoß nicht verhindern können (Schimmelfennig 2003b: 407).

Unterschieden werden bei der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung drei Formen der Übernahme von Schemata und Regeln. Auf der kollektiven Ebene

¹¹ Diese Argumentation erfolgt in Anlehnung an Schimmelfennig (2000: 111f; 2003b: 406).

¹² Hier schließt diese Konzeptualisierung sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung an Deutsch und Adler/Barnett an, die auch von der Habitualisierung der Norm der friedlichen Konfliktregelung ausgehen.

bildet die *Institutionalisierung* eine mögliche Form der Übernahme, worunter die Implementierung internationaler Schemata und Regeln in nationales Recht und nationale Rechtsprechung (legale Institutionalisierung) oder in die Standardprozeduren nationaler Bürokratien (administrative Institutionalisierung) verstanden wird (Schimmelfennig 2003b: 408). *Politische Durchsetzung* tritt auf, wenn es nationalen politischen Akteuren aufgrund überlegener materieller und immaterieller Ressourcen verlässlich gelingt, abweichende Schemata und regelwidriges Verhalten zu verhindern oder zu unterdrücken. *Internalisierung* bezeichnet die reflektierte Übernahme von Schemata und Regeln durch Individuen, die verinnerlichte Schemata und Regeln befolgen, weil sie diese als „richtig“ oder „angemessen“ anerkennen. Die Internalisierung beginnt typischerweise bei individuellen staatlichen Akteuren. Damit der Prozess der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung erfolgreich abgeschlossen werden kann, müssen diese Entscheidungsträger die Normen der Sicherheitsgemeinschaft innerstaatlich verankern. Hierbei sind in der Regel sowohl innenpolitische Überzeugungsprozesse vonnöten als auch die politische Durchsetzung und Institutionalisierung.

3.2 Internationale Institutionen und deren Einfluss auf Staaten aus rationaler und konstruktivistischer Sicht

Gemäß des rationalen Institutionalismus ist das internationale System ein anarchisches, das von materiellen Strukturen wie der Verteilung von Macht und Wohlstand bestimmt wird. Von der Prämisse des Materialismus ausgehend, werden internationale Institutionen sowie deren Normen und Regeln als regulativ für Akteurshandeln betrachtet. Nach rationalistischer Lesart können internationale Institutionen das Verhalten von Staaten durch Restriktionen oder Anreize beeinflussen, indem sie die Kosten-Nutzen-Kalküle oder Strategien von Akteuren verändern, nicht aber deren Identitäten oder Interessen (Schimmelfennig 2003a: 19). Die Einhaltung internationaler Normen bzw. deren Übernahme in nationale Institutionen ist dieser Auffassung zufolge das Ergebnis von Kosten-Nutzen-Kalkulationen. Als Wirkungsbedingungen für normkonformes Verhalten von Staaten werden starke negative und positive Anreize seitens internationaler Institutionen wie der NATO angenommen, d.h. hohe Sanktionsgewalt, prohibitive Kosten und Effizienz. Dem rationalen Institutionalismus zufolge verschafft der

„misfit“ zwischen internationalen und nationalen Normen einigen Akteuren neue Möglichkeiten, durch die diese veranlasst werden können, als Katalysatoren des Wandels zu agieren (Börzel/Risse 2000; 2003).¹³ Gemäß dieses Verständnisses ist Gemeinschaftsbildung als ein extrinsisch motivierter Anpassungsprozess zu betrachten, im Zuge dessen der Sozialisand die Normen der Sicherheitsgemeinschaft übernimmt, wenn er davon mehr Nutzen als Kosten hat.¹⁴

Konstruktivistisch orientierte Studien konzentrieren sich darauf, inwiefern Gemeinschaftsbildung auf kollektive Vorstellungen von angemessenem Verhalten in einem institutionalisierten internationalen Umfeld zurückzuführen ist (Dimitrova/Rhinard 2005: 3). Untersucht wird hier die Bedeutung von Identität, Lern und Überzeugungsprozessen (Checkel 2001; 2005), Kultur (Legro 1996), sozialem Einfluss (Johnston 2001) und Normen (Cortell/Davis 1996; 2005; Finnemore/Sikkink 1998). Im Unterschied zum Rationalismus werden Institutionen wie die NATO dem Konstruktivismus zufolge nicht als Restriktionen oder Anreize betrachtet, gegenüber denen sich Akteure zweckrational verhalten. Vielmehr internalisieren und habitualisieren Akteure nach konstruktivistischer Lesart institutionelle Regeln und handeln normgeleitet (Schimmelfennig 2003a: 69). In Abgrenzung zum rationalen Institutionalismus, der die instrumentellen Funktionen internationaler Organisationen im Dienste mitgliedstaatlicher Interessen hervorhebt, betrachtet der konstruktivistische Institutionalismus diese als autonome und potenziell mächtige Akteure. Deren Macht speist sich aus zwei Quellen: aus ihrer Legitimität als anerkannte Autorität sowie ihrer Kontrolle von technischer Expertise und Informationen (Barnett/Finnemore 1999: 707). Aufgrund dieser beiden Machtquellen regulieren internationale Organisationen wie die NATO nach konstruktivistischer Auffassung nicht nur staatliches Verhalten, sondern formen auch staatliche Identitäten und Interessen (Finnemore 1996). Insbesondere in (ideellen) Umbruchsituationen, in denen sich postkommunistische

¹³ Wird ein „mis fit“ als Voraussetzung für Politikwandel bzw. in unserem Falle Gemeinschaftsbildung betrachtet, so impliziert diese Sichtweise, dass nicht Gemeinsamkeit, sondern Differenz den Ausgangspunkt der Analyse von Prozessen der Vergemeinschaftung bildet. Vgl. hierzu auch Bonacker/Bernhardt (2006: 224).

¹⁴ Auch Adler/Barnett (1998: 36) verweisen darauf, dass die Anerkennung eines Staates als Mitglied der Sicherheitsgemeinschaft und der damit verbundenen Rechte und Pflichten von seiner Fähigkeit abhängt, „to abide by the region’s normative structure“. Unklar bleibt indes, ob Normen hierbei eine regulative oder (auch) konstitutive Wirkung unterstellt wird.

Staaten wie Polen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts befunden haben, erhalten neue Ideen in Form von internationalen Normen und deren Träger die Chance, Einfluss auf die Herausbildung einer neuen staatlichen Identität zu nehmen (Fischer 2003; 2005). Als Wirkungsbedingungen werden im konstruktivistischen Institutionalismus Legitimität, Identität, Normresonanz und kulturelle Autorität angenommen. Gemäß dieses Verständnisses ist Gemeinschaftsbildung als intrinsisch motivierter Lernprozess zu begreifen, im Zuge dessen der Sozialisand die Normen einer Sicherheitsgemeinschaft übernimmt, weil er sie als legitim erachtet und die Gemeinschaftsmitglieder als Rollenmodelle betrachtet.¹⁵

Indes ist solch eine dichotomische Gegenüberstellung aus dem Blickwinkel theoretischer Konsistenz nicht erforderlich und wird der Logik des Untersuchungsgegenstandes nicht gerecht. Zunächst begründen in aller Regel wirtschaftliche, politische oder militärische Anreize die Entstehung (und auch Erweiterung) einer Sicherheitsgemeinschaft, innerhalb derer bei zunehmender Verflechtung zwischen den Mitgliedern Institutionen, Vertrauen und eine kollektive Identität entstehen *können*. Eine Möglichkeit, sowohl der Logik des Untersuchungsgegenstandes Rechnung zu tragen als auch der Forderung nach einem Brückenschlag zwischen rationalen und konstruktivistischen Forschungssträngen Rechnung (Risse 2003; Wiener 2003), liefert die Konzeption von sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung als Anpassungs- und Lernprozess.

3.3 Mechanismen der Gemeinschaftsbildung durch die NATO

Entsprechend ihres unterschiedlichen Verständnisses von internationalen Institutionen und Handlungslogiken formulieren rationale und konstruktivistische Forschungsstränge unterschiedliche Mechanismen internationaler Sozialisation, die auch der Analyse sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung als einer spezifischen Form internationaler Sozialisation zu Grunde gelegt werden.

Die innerhalb der Sozialisationsforschung herausgearbeiteten Mechanismen unterscheiden sich dadurch, auf welche Weise die Sozialisanden zur Übernahme von Schemata und Regeln der internationalen Gemeinschaft veranlasst werden

¹⁵ Auf die Bedeutung von sozialem Lernen bei der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung haben auch Deutsch und Adler/Barnett verwiesen.

sollen (Checkel 2005; Flockehart 2006; Johnston 2001; Kelley 2004; Schimmelfennig 2003b). Bei der Analyse der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung durch die NATO wird zwischen den idealtypischen Mechanismen der *Imitation*, der *Überzeugung*, des *sozialen Drucks* sowie des *Verhandelns* unterschieden. Der *Imitations-* und *Überzeugungsmechanismus* lassen sich unter die Handlungslogik der Angemessenheit subsumieren, die Mechanismen des *sozialen Drucks* und des *Verhandelns* unter die Logik der Konsequenzialität. Letztere beruhen auf sozialen, materiellen oder politischen Anreizen zugunsten normkonformen Verhaltens. Dabei sollen der Nutzen konformen und die Kosten abweichenden Verhaltens für die Sozialisanden dauerhaft dahingehend verändert werden, dass sich die Normübernahme lohnt (Schimmelfennig 2003b: 410).

Bei dem Mechanismus des *sozialen Drucks* arbeitet die NATO mit sozialen Anreizen wie internationaler Anerkennung, Status- und Imagegewinn. Diese sozialen Belohnungen setzen die Übernahme der NATO-Normen voraus. Andernfalls drohen soziale Strafen wie Image- und Statusverlust, Ausgrenzung und Anprangerung (Finnemore/Sikkink 1998; Johnston 2001). Bei dem Mechanismus des *Verhandelns* arbeitet die NATO mit materiellen Anreizen in Form von finanzieller Unterstützung, militärischem Schutz oder politischen Anreizen in Form von Partizipations- und Entscheidungsrechten auf internationaler Ebene. Entsprechend des Mechanismus der *Imitation* fungieren die Normen der Sicherheitsgemeinschaft als Skripte für die Verhaltensweisen und Rollen, welche die zu sozialisierenden Staaten in der internationalen Gemeinschaft spielen sollen.¹⁶ Die NATO-Repräsentanten stellen Rollenmodelle dar, die die Sozialisanden beobachten und imitieren (Schimmelfennig 2003b: 410). Angemessenes Verhalten der künftigen Gemeinschaftsmitglieder bedeutet in diesem Falle, dass sie eine Rolle lernen und sich in Übereinstimmung mit den Rollenerwartungen verhalten – unabhängig davon, ob sie diese Rolle mögen oder nicht (Checkel 2005: 804). Somit wird die bewusste instrumentelle Handlungslogik durch bewusstes Rollenspiel ersetzt.¹⁷ Beim Mechanismus der *Überzeugung*

¹⁶ Adler/Barnett (1998: 36) zufolge wird die Rolle von Staaten desto stärker transformiert, je enger die Sicherheitsgemeinschaft verbunden ist.

¹⁷ Im Unterschied zu Schimmelfennig (2003b: 410), der den Imitationsmechanismus bzw. das Rollenspiel als unreflektierten Prozess betrachtet, argumentiert Checkel (2005: 804), dass auch Rollenspiele bewusst erfolgen.

haben die Normen der NATO den Stellenwert von Geltungsansprüchen, die von NATO-Repräsentanten in Diskursen mit den Sozialisanden argumentativ gerechtfertigt und verbreitet werden. Gelingt es den NATO-Repräsentanten, dass ihre Normen von den künftigen postkommunistischen Gemeinschaftsmitgliedern als „the right thing to do“ (Checkel 2005: 804) erachtet werden, ändern diese ihre Identität und Interessen dementsprechend, d.h. sie internalisieren die Normen der Sicherheitsgemeinschaft (Checkel 2001). Die instrumentelle Handlungslogik ist durch „taken-for-grantedness“ (Checkel 2005: 804) ersetzt worden.

Im Vergleich zu den innerhalb der Sozialisationsforschung mittlerweile sehr ausdifferenzierten Mechanismen ist die Theoriekonstruktion für die Bedingungen, unter denen diese Mechanismen auftreten (Auslösebedingungen) oder erfolgreich sind (Erfolgsbedingungen) noch wenig ausgereift.

3.4 Erfolgsbedingungen der Gemeinschaftsbildung durch die NATO

Als notwendige Bedingung für die sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung durch die NATO wird ein „mis-fit“ (Börzel/Risse 2000; 2003; Héritier 2001) zwischen internationaler und nationaler Ebene betrachtet: Die Normen der NATO können nur dann einen sicherheitspolitischen Wandel postkommunistischer Staaten wie Polen bewirken, wenn sie sich von jenen der nationalen sicherheitspolitischen Akteure unterscheiden und dadurch alternative Kosten-Nutzen-Abwägungen bzw. normative Handlungsorientierungen schaffen. Inwiefern sich jedoch die postkommunistischen Akteure innenpolitisch durchsetzen, die die alternativen Einflusskanäle erkennen (NATO-Opportunisten) bzw. sich argumentativ auf NATO-Normen beziehen (NATO-Normentrepreneurs) und welche Veränderungen damit einhergehen, hängt sowohl von internen Faktoren ab als auch der Beziehung zwischen der Sicherheitsgemeinschaft und Sozialisanden. Für die Mechanismen des sozialen Drucks, des Verhandeln, der Imitation und Überzeugung gelten teils ähnliche, teils unterschiedliche Erfolgsbedingungen.

Der auf Geltungsansprüchen internationaler Normen beruhende Mechanismus der Überzeugung ist Checkel (2005: 813) und Johnston (2001: 498) zufolge am ehesten wirksam, wenn der Sozalisand die Sozialisationsinstanz – in unserem Falle die NATO – als eine mit Autorität ausgestattete Gemeinschaft betrachtet, zu

der er gehören möchte; der Überzeugungsprozess ohne äußere Zwänge verläuft; und die Normen der Sicherheitsgemeinschaft auf hohe innenpolitische und gesellschaftliche Resonanz stoßen.¹⁸ Für den Mechanismus der Imitation, der auf der Vermittlung von Rollen basiert, gelten ähnliche Erfolgsbedingungen wie für den Mechanismus der Überzeugung. Der auf internationaler Anerkennung, Status- und Imagegewinn basierende Mechanismus des sozialen Drucks kann nur dann Wirkung bei der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung durch die NATO entfalten, wenn die postkommunistischen Entscheidungsträger sich mit dieser identifizieren. Besitzen die Normen der NATO hohe Legitimität und stoßen die Sozialisationsinhalte auf starke innenpolitische und gesellschaftliche Resonanz, so erhöht sich der *Shaming*-Effekt bei deren Missachtung (Schimmelfennig 2003b: 413). In besonderem Maße empfänglich sind Sozialisanden für soziale Billigung bzw. Missbilligung seitens ihrer Aspirationsgruppe in neuen, ungewissen Situationen. Darüber hinaus wird sozialer Druck verstärkt, wenn die Reaktionen unterschiedlicher Repräsentanten der NATO untereinander konsistent sind und häufig erfolgen. Für den auf materiellen Anreizen basierenden Mechanismus des Verhandeln ist die Verhandlungsmacht der NATO entscheidend sowie die Glaubwürdigkeit ihrer Drohungen und Versprechungen. Dementsprechend gelingt sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung durch Verhandeln am besten, wenn zwischen der Sicherheitsgemeinschaft mit einer klar definierten und glaubwürdigen Konditionalitätsstrategie sowie Anwärterstaaten ohne Vetogruppen asymmetrische Interdependenzen bestehen (Schimmelfennig 2003b: 414).

Erfolgreich ist die sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung durch die NATO, wenn

- (1) materielle und normative Machtasymmetrien bestehen
- (2) die Anreize bzw. Drohungen der NATO glaubwürdig sind
- (3) keine polnischen Veto-Spieler vorhanden sind bzw. diese marginalisiert werden
- (4) NATO-Opportunisten und NATO-Normentrepreneurs vorhanden sind
- (5) hohe Normresonanz gegeben ist.

¹⁸ In eine ähnliche Stoßrichtung argumentieren Adler/Barnett (1998: 429), wenn sie auf die Bedeutung der Anschlussfähigkeit von nationaler Identität und gemeinschaftlicher Identität für den sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildungsprozess verweisen.

3.5 Bewertungsmaßstab für die sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung durch die NATO

Gemessen wird der Grad der Gemeinschaftsbildung durch die NATO im euro-atlantischen Sicherheitsfeld anhand von Indikatoren auf der formellen Ebene, der Verhaltensebene sowie der argumentativen Ebene. Abgeleitet sind diese Indikatoren aus den innerhalb der Theorien internationaler Beziehungen vorgenommenen Konzeptualisierungen und Operationalisierungen internationaler Normen sowie den in Kap. 2 vorgestellten Konzepten der Sicherheitsgemeinschaft.¹⁹ Auf der formellen Ebene gilt es die Verfassung, Gesetze etc hinsichtlich der Übernahme von NATO-Normen zu analysieren, insbesondere im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen sowie der Sicherheitskonzeption als den beiden anspruchvollsten Beitrittskriterien. Ermittelt werden kann dadurch der Grad der Institutionalisierung von NATO-Normen in postkommunistischen Staaten. Auf der Verhaltensebene muss die Übereinstimmung bzw. Abweichung postkommunistischer Entscheidungsträger von den NATO-Normen überprüft werden. Dadurch kann der Grad der politischen Durchsetzung von NATO-Normen durch postkommunistische Entscheidungsträger erfasst werden. Auf der argumentativen Ebene wird untersucht, inwiefern postkommunistische Entscheidungsträger innerhalb des sicherheitspolitischen Diskurses Bezug nehmen auf NATO-Normen. Dadurch kann der Grad der Internalisierung von NATO-Normen bei den postkommunistischen Entscheidungsträgern erfasst werden. Abgeglichen werden muss die argumentative Ebene jedoch mit der Verhaltensebene, um rhetorisches Handeln auszuschließen.²⁰ Von besonderer Relevanz ist hierbei der kontrafaktische Nachweis, d.h. Situationen, in denen postkommunistische Entscheidungsträger in Übereinstimmung mit NATO-Normen handelten und argumentierten, obwohl sie dabei machtpolitische Kosten in Kauf nehmen mussten.²¹

¹⁹ Vgl. Hasenclever/Mayer/Rittberger (1997: 14-21) zur Unterscheidung einer formellen, verhaltensmäßigen, kommunikativen und kognitiven Ebene von Normen. Ausführlicher zur kommunikativen und kognitiven Konzeptualisierung von Normen Kratochwil/Ruggie (1986) sowie Johnston (2001). Sowohl Deutsch als auch Adler/Barnett betrachten die Schaffung gemeinsamer Institutionen, Vertrauens- und kollektive Identitätsbildung als entscheidende Aspekte des sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildungsprozess. Berücksichtigung findet darüber hinaus die innerhalb des Konzeptes der Sekuritisierung herausgearbeitete Bedeutung des Diskurses für die Konstruktion von Sicherheitsgemeinschaften.

²⁰ Zum Konzept des rhetorischen Handelns Schimmelfennig (2003a).

²¹ Zu methodischen Herausforderungen der internationalen Sozialisationsforschung Schimmelfennig (2003b: 409f.).

Durch welche Akteure, mittels welcher Mechanismen und unter welchen Bedingungen die NATO bei ihrer sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung im euro-atlantischen Sicherheitsfeld erfolgreich gewesen ist, wird im folgenden Kapitel am Beispiel Polens untersucht.

4 NATOisierung Polens als Fallbeispiel

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde die Identität aller Akteure im euro-atlantischen Sicherheitsfeld in Frage gestellt: jene der NATO, jene Russlands, jene der mittelosteuropäischen Staaten wie Polen (Neumann/Williams 2000: 394). Bei der Auseinandersetzungen darüber, welche Identitäten und welches Verhalten in der sich transformierenden euro-atlantischen Sicherheitsordnung als legitim erachtet werden sollte, beanspruchte die NATO erfolgreich die Identität einer „democratic security community“ (Williams/Neumann 2000: 361), weil sie von den postkommunistischen Staaten wie Polen als legitim erachtet wurde.²²

Dem Beitritt postkommunistischer Staaten zur NATO im März 1999 bzw. Mai 2004 ging eine lange Phase des „Regieren von außen“ voraus, im Zuge dessen die NATO ihre Normen bereits in die künftigen Gemeinschaftsmitglieder exportierte. Der Transfer von NATO-Normen in die Beitrittsländer wie Polen hat sich seit Anfang der 1990er Jahre laufend verstärkt und seit Mitte der 1990er Jahre die 1989 begonnene Systemtransformation überlagert. Allerdings waren die Anforderungen, die sich aus der gleichzeitigen Bewältigung des sicherheitspolitischen Integrationsprozesses einerseits und des Transformationsprozesses andererseits resultierten, nicht in jedem Falle deckungs- und wirkungsgleich. Vielmehr handelte es sich um einen konflikthaften Gemeinschaftsbildungsprozess, im Zuge dessen die NATO postkommunistische Anwärtersstaaten zur Übernahme von NATO-Normen im sicherheitspolitischen Bereich zu bewegen versuchte.

Um den Erfolg der NATO bei der sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildung zu ermitteln, bietet sich Polen aus zweierlei Gründen als Fallbeispiel an. Zum einen ist Polen ein repräsentativer Fall, weil es sich seit Beginn der Systemtransformation mit den für postkommunistische Staaten kennzeichnenden Schwierigkeiten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik konfrontiert

²² Wendt (1996) hat darauf hingewiesen, dass ein Akteur nur dann eine bestimmte Identität annehmen kann, wenn diese von anderen Akteuren anerkannt wird.

gesehen hat: Streitkräfte in einer Personalstärke von gut 400.000 Mann; veraltete Ausrüstung; knappe Ressourcen für die Umstrukturierung; kaum zivile Expertise; keine Tradition der demokratischen Kontrolle des Militärs (Epstein 2006: 69). Zugleich ist Polen ein besonderer Fall, weil es im postkommunistischen Vergleich spezifische militärische Traditionen aufweist: hohes Ansehen der Streitkräfte in der Bevölkerung (Coughlan 1999: 118); faktische Autonomie der Streitkräfte (Latawski 2002: 27); großer Einfluss auf die Gestaltung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

4.1 Die Bedeutung der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption

Bei der sicherheitspolitischen Neuausrichtung Polens Anfang der 1990er Jahre maßen die polnischen Entscheidungsträger der NATO-Mitgliedschaft übergeordnete Bedeutung bei. Auf dem Krakauer Gipfel der Viségrad-Länder im Oktober 1991 forderte Polens Präsident Lech Wałęsa zusammen mit seinen ungarischen und tschechoslowakischen Amtskollegen sowohl eine Sicherheitsgarantie als auch ein generelles Bekenntnis der NATO zur Osterweiterung (Hyde-Price 1996: 244). Trotz mitunter im Jahrestakt wechselnder Regierungen festigte sich der nationale Konsens über die angestrebte NATO-Mitgliedschaft nicht zuletzt durch die innerrussischen Entwicklungen Anfang der 1990er Jahre, die von der polnischen Elite als Bedrohung perzipiert wurden.²³ Den wiederholten Forderungen der russischen Führung gegenüber der NATO, Polen keine freie Bündniswahl zuzubilligen (Gießmann 1997/98: 267), hielt der erste Außenminister der III. Republik Polen, Krzysztof Skubiszewski, entgegen, dass

„niemand in Form eines Schemas denken [kann], das auf einer Art 'Grauzone' oder 'Pufferzone' neutraler Staaten basiert, die der Rivalität oder den Einflüssen starker Staaten oder Mächten ausgesetzt sind, wie dies insbesondere auf Polen und seine Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion [sic] zutrifft“ (zit. nach Przystrom 1997: 104).

Aus Sicht der polnischen Entscheidungsträger setzte die NATO mit ihren Insignien institutioneller Eingebundenheit, insbesondere aufgrund des kollektiven Verteidigungsprinzips gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrags sowohl auf der

²³ Parteiübergreifend betrachteten die polnischen Entscheidungsträger die zunehmende innenpolitische Instabilität, Versuche der Restauration autokratischer Verhältnisse, den Putschversuch im Oktober 1993 sowie die Wahlergebnisse zur Staatsduma im Dezember 1993 als Bedrohung der nationalen Sicherheit.

symbolischen Ebene als auch im Hinblick auf eine etwaige militärische Bedrohung einen weitaus eindeutigeren Zugehörigkeitsrahmen als die EU. In Anbetracht des zögerlichen Öffnungsprozesses der EG bzw. EU fungierte die NATO für Polen darüber hinaus als „Beschaffungsinstrument“ für die gewünschte „Westidentität“ (Alamir/Pradetto 1997: 23; Steves 2001: 345). Der geforderten Bestätigung einer „westlichen“ Identität entsprangen konkrete Interessen (Ruggie 1998: 877). Angesichts der anfangs zögerlichen Haltung der USA gegenüber einer raschen NATO-Osterweiterung erklärte Polens Präsident Wałęsa gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen Bill Clinton: „Wir haben gelernt, nur an Fakten zu glauben, weil nur Fakten Garantien schaffen“ (zit. nach Heidemann-Grüder 2003: 276). Die Schlüsselrolle, die der NATO-Mitgliedschaft parteiübergreifend in der polnischen Sicherheitskonzeption beigemessen wurde, basierte auf der Überzeugung, dass einzige die Allianz eine starke Präsenz der USA in Europa gewährleiste und damit die Sicherheit Polens (Frank 2003: 33).²⁴ Somit war das Ziel der NATO-Mitgliedschaft (zunächst) eine instrumentelle Wahl, um die nationalen Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen.

4.2 Gemeinschaftsbildung durch die NATO im Rahmen ihrer Osterweiterungspolitik

Entsprechend des „Strategischen Konzeptes des Bündnisses“ vom November 1990 ergeben sich Sicherheitsrisiken

„weniger aus der Wahrscheinlichkeit eines kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner. Sie sind eher Konsequenz der Instabilitäten, die aus den ernsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenüberstehen (...). Sie könnten jedoch zu Krisen führen, (...) die die Sicherheit des Bündnisses unmittelbar berühren“.

Der Gefahr eines Imports von Instabilität suchte die NATO durch den Export von Stabilität vorzubeugen. Zu Grunde lag hierbei die Annahme, dass die mit der „Otherness“ verbundenen Bedrohungsperzeptionen schwinden, wenn die

²⁴ Wenngleich einige Gruppierungen des buntgewürfelten Linksbündnisses SLD bei den polnischen Parlamentswahlen im September 1993 generelle Vorbehalte gegenüber dem Westen und der NATO äußerten, revidierten sie ihre Kritik nach den Ereignissen im Herbst und Winter 1993/94 in Russland: „Wir haben unsere Meinung nach dem Beschluss des russischen Parlaments und der Zunahme des Einflusses der Armee und der Nationalisten in Russland geändert“, sagte der damalige Fraktionsvorsitzende der SLD im Sejm und spätere Verteidigungsminister Jerzy Smajdziński (zit. nach Koszel 1996: 97).

„Anderen“ sich zu demokratisieren beginnen und damit in die Gemeinschaft liberaler Staaten sozialisiert werden (Risse-Kappen 1996: 395).

Ihre Zielsetzung des Demokratie- und Stabilitätsexports verfolgend, hat die NATO sich darum bemüht, postkommunistische Staaten wie Polen zur Übernahme liberal-demokratischer Normen im Politikfeld Sicherheit zu bewegen. Dabei hat die NATO eine exklusive Strategie der Gemeinschaftsbildung verfolgt, wonach die Mitgliedschaft die Übernahme von Gemeinschaftsnormen voraussetzt.²⁵ Entsprechend der NATO-Osterweiterungsstudie vom September 1995 bestand eine zentrale Beitrittsvoraussetzung in der Etablierung und Gewährleistung ziviler, demokratischer Kontrolle der Streitkräfte. Kriterien hierfür waren die

- (1) klare Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Regierung (Premierminister, Verteidigungs- und Innenminister) in Verfassung und/oder öffentlichem Recht;
- (2) parlamentarische Kontrolle des Militärs durch die Kontrolle des Verteidigungsbudgets;
- (3) Unterstellung des Generalstabs unter die Regierung;
- (4) Wiederherstellung des Prestiges der Streitkräfte, ihrer Vertrauenswürdigkeit und Verantwortlichkeit (Simon 1996: 26f.).

Darüber hinaus zielte die NATO darauf ab, die Sicherheitskonzeption postkommunistischer Staaten, insbesondere Sicherheitsstrategie, Verteidigungsdoktrin sowie Streitkräfte reform in Einklang mit den Anforderungen zu bringen, die sich aus dem Transformationsprozess der Allianz vom Verteidigungsbündnis zum internationalen Krisenmanager ergeben haben (Michta 2002: 165). Im Rahmen der seit 1994 bestehenden Partnership-for-Peace vermittelte die NATO den Anwärterstaaten ihre Werte, Normen und Praktiken und überprüfte, ob die angehenden Gemeinschaftsmitglieder ihre „Lernziele“ erreichten (Gheciu 2005a; 2005b). Dass die NATO den Beitrittsprozess postkommunistischer Staaten als einen Gemeinschaftsbildungsprozess betrachtete, spiegelte auch die Osterweiterungsstudie (1995: 38/39) wider:

„for possible new members, PfP will contribute to their preparation both politically and militarily, to familiarise them with Alliance structures and procedures and to

²⁵ Im Unterschied dazu hat beispielsweise die OSZE eine inklusive Strategie der Gemeinschaftsbildung verfolgt, bei der die Mitgliedschaft dem Sozialisationsprozess vorausgeht.

deepen their understanding of the obligations and rights that membership will entail“.

Dass es bei ihren Bemühungen um Gemeinschaftsbildung im euro-atlantischen Sicherheitsfeld nicht nur um militärische und politische, sondern auch um ideelle Interoperabilität ging, zeigte sich u.a. daran, dass von künftigen Mitgliedsstaaten die Akzeptanz der „NATO as a community of like-minded nations joined together for collective defense and the preservation of peace“ gefordert wurde. Gemeinsame Manöver , Offiziersschulungen, Beratung bei der Streitkräfte reform etc. dienten der Gemeinschaftsbildung. „Doing things together“ (Adler/Barnett 1998: 417) begünstigt gemäß des Konzepts der Sicherheitsgemeinschaft gegenseitiges Vertrauen und die Bildung kollektiver Identitäten. Inwiefern die NATO bei ihren Bemühungen um sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung erfolgreich gewesen ist, wird im Folgenden am Beispiel Polens illustriert.

4.3 NATOisierung Polens – erfolgreiche sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildung?

Eine Erfolgsbedingung sicherheitspolitischer Gemeinschaftsbildung besteht in asymmetrischen Interdependenzen zwischen der NATO als Sozialisationsinstanz einerseits und den polnischen Sozialisanden andererseits. Unterschieden werden muss hierbei zwischen normativen und materiellen Machtasymmetrien. Zwischen der NATO und Polen bestanden normative Machtasymmetrien, weil die NATO die im Politikfeld Sicherheit zu übernehmenden Normen definieren konnte. Zugewachsen war ihr diese normative Macht, weil sie neben anderen internationalen Institutionen seit der Diskreditierung der kommunistischen Systemalternative die als „richtig“ anerkannten Normen in Europa verkörperte. An die Exklusivität als Sicherheitsgemeinschaft liberaler Demokratien anknüpfend, formulierten die NATO-Repräsentanten normative Beitrittsanforderungen künftiger Gemeinschaftsmitglieder (Stefanova 2002: 169). Es bestanden auch materielle Machtasymmetrien zwischen der NATO und Polen, da die NATO materielle Vorteile gewähren oder entziehen konnte. Mittels dieser relationalen Ressourcenmacht in Form von finanzieller Hilfe, militärischem Schutz und politischen Partizipationsrechten verfügte die NATO über Gemeinschaftsbildungspotenzial, da sich polnische Entscheidungsträger vom Beitritt größere Vorteile erhofften als sie im Gegenzug der NATO verschaffen konnten.

Hinsichtlich der zivil-militärischen Beziehungen Polens ist erklärungsbedürftig, warum deren Transformation, d.h. die Übernahme der NATO-Norm einer zivilen, demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, bis 1995 nicht erfolgte, wenngleich die Mitgliedschaft in der Allianz parteiübergreifend als oberste sicherheitspolitische Zielsetzung erachtet wurde.²⁶ Mit Blick auf die Sicherheitskonzeption ist erklärungsbedürftig, warum die polnischen Entscheidungsträger die auf breiten Konsens gestützte Verteidigungsdoktrin, die am Primat der verteidigungspolitischen Unabhängigkeit ausgerichtet war, 1998 fallen ließen, obwohl ihnen die NATO-Mitgliedschaft – und damit die „Karotte“ – schon 1997 zugesichert worden war.

Auf der institutionellen Ebene entsprangen Konflikte über die zivile, demokratische Kontrolle der Streitkräfte zum einen der unklaren sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzverteilung zwischen dem Präsidenten als Oberkommandierendem der Streitkräfte, dem Premier- und Verteidigungsminister in der kleinen Verfassung von 1992. Zwischen 1992 und 1994 spitzte sich die Krise in den zivil-militärischen Beziehungen aufgrund machtpolitischer Kämpfe zwischen Präsident Wałęsa und dem Generalstab einerseits sowie den Verteidigungsministern Jan Parys („Parys Affäre“) bzw. Piotr Kolodziejczyk („Drawsko Affäre“) zu. Angesichts dessen mahnten NATO-Repräsentanten, Polen solle seine Aussichten auf die Mitgliedschaft im Bündnis nicht gefährden (Michta 2002: 170). In diesem Falle scheint sich die Hypothese zu bestätigen, dass eine Übernahme von internationalen Normen nur dann erfolgt, wenn die machtpolitischen Kosten der Übernahme von zentralen Akteuren als gering eingeschätzt werden bzw. im Falle starker Veto-Spieler keine Übernahme erfolgt. So scheiterte der im Juli 1995 vom Sejm vorgelegte Gesetzesentwurf, demzufolge die Streitkräfte der Kontrolle des Verteidigungsministers unterstellt werden sollten, am Veto von Präsident Wałęsa. Unter der Präsidentschaft Kwaśniewskis wurde das Gesetz schließlich im Dezember 1995 verabschiedet und von dem damaligen Verteidigungsminister Stanisław Dobrzański sowie seinem Vertreter Andrzej

²⁶ Mitnichten hat die NATO ein einziges Modell zivil-militärischer Beziehungen, wie der Blick auf ihre Mitgliedstaaten zeigt. Sie hat allerdings Kriterien formuliert, denen die jeweiligen nationalen Eliten bei der Umgestaltung ihrer länderspezifischen zivil-militärischen Beziehungen gerecht werden müssen. Vgl. hierzu Jacoby (2004).

Karkoszka, die als NATO-Normentrepreneure fungierten, umgesetzt (Epstein 2006: 81).

Eine Analyse der Verhaltensebene zeigt, dass sich bei der Transformation der zivil-militärischen Beziehungen insbesondere Präsident Wałęsa und der Generalstab, allen voran General Tadeusz Wilecki, regelwidrig verhielten. Interessant ist hierbei, dass führende Angehörige der Streitkräfte sich zugleich auf der rhetorischen Ebene regelkonform verhielten. Durch das Streben nach NATO-Mitgliedschaft versuchten die Militärs ein reformorientiertes und pro-europäisches Image gegenüber ihrem gesellschaftlichen und internationalen Umfeld zu projizieren. Aus ihrer Sicht stellte die Mitgliedschaft in der Allianz primär den Versuch dar, den desolaten Zustand der eigenen Streitkräfte zu überwinden und das eigene institutionelle Überleben zu sichern. Durch die Bezugnahme auf die NATO-Integration konnten Haushaltsentscheidungen den innenpolitischen Verteilungskämpfen entzogen und als Bündnisverpflichtungen deklariert werden (Heidemann-Grüder 2003).

Auf der argumentativen Ebene zeigte sich, dass polnische Entscheidungsträger sowohl bei Interaktionen mit NATO-Repräsentanten als auch in innerpolnischen Auseinandersetzungen auf rhetorische Strategien zurückgriffen. Zum einen präsentierten sie Polen gegenüber der NATO als unverzichtbaren Teil der euro-atlantischen Wertegemeinschaft und als traditioneller Anhänger westlicher Werte. Die „Wahl“ der Westidentität, die in sicherheitspolitischer Hinsicht von der NATO am nachdrücklichsten verkörpert wurde, entsprang auch einem „instrumental reasoning, based on the potential resources available for identifying yourself“ (Adler/Barnett 1998: 415). Verbreitet war innerhalb der polnischen Elite das Bewusstsein, dass die Wahrnehmung als demokratisches Land seitens der NATO-Repräsentanten zentral für die Einladung zum Beitritt war. Zum anderen nutzten polnische Entscheidungsträger, z.B. Präsident Kwaśniewski bei dem Präsidentschafts-Wahlkampf 1995 die Normen der NATO in strategischer Weise für innenpolitische Machtkämpfe.

Die NATO hat ihrerseits im Zuge des sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildungsprozesses die Argumente polnischer Akteure für die Ausrichtung der Streitkräfte auf die verteidigungspolitische Unabhängigkeit delegitimiert, die ihre Überzeugungskraft aus der historisch-traumatischen

Erfahrung militärischer Verwundbarkeit und Fremdbestimmung durch ausländische Mächte bezogen hatten (Epstein 2003; 2006). Führten NATO-Opportunisten die Normen der NATO in den polnischen Sicherheitsdiskurs zunächst aus instrumentellen Erwägungen ein, so sind diese im Zuge des Gemeinschaftsbildungsprozess kausal einflussreich geworden, indem sie bestimmten polnischen Akteuren, z.B. Präsident Kwaśniewski als argumentative Ressource dienten und andere Akteure, z.B. den Generalstab, argumentativ beschränkten.

Wie der kursorische Streifzug durch das polnische Fallbeispiel gezeigt hat, lässt sich sowohl auf der Ebene der Institutionen, des Verhaltens als auch der Rhetorik zeigen, dass die NATO die polnischen Entscheidungsträger teilweise zur Übernahme der für die Sicherheitsgemeinschaft konstitutiven Schemata und Regeln bewegen konnte. Die seitens der NATO praktizierte Politik der Konditionalität beruhte im Wesentlichen auf dem Mechanismus des Verhandelns. Im Falle der anfangs äußerst schleppend verlaufenden Transformation der zivil-militärischen Beziehungen sowie der Streitkräftereform griffen NATO-Repräsentanten auch auf den Mechanismus des sozialen Drucks in Form von *Shaming* zurück. Bei den Interaktionen zwischen NATO-Repräsentanten und polnischen Sozialisanden, z.B. in der Parlamentarischen Versammlung der NATO (Flockhart 2004), bei Offiziersschulungen (Gheciu 2005a) oder der Beratung bei verteidigungspolitischen und militärischen Reformen, dominierten die Mechanismen der Überzeugung und der Imitation.

5. Literaturverzeichnis

- Adler, Emanuel* (1997): Imagined (Security) Communities: cognitive Regions in International Relations, in: *Millenium: Journal of International Studies* 26:2, 249-278.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett* (1998) (Hrsg.): *Security Communities*. Cambridge.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett* (1998): Security communities in theoretical perspectives, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.): *Security Communities*. Cambridge, S. 3-28.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett* (1998): A framework for the study of security communities, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.): *Security Communities*. Cambridge, S. 29-65.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett* (1998): Studying security communities in theory, comparison, and history, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.): *Security Communities*. Cambridge, S. 413-441.
- Alamir, Melanie Fouzieh* (2003): Erklärungswert von Theorien internationaler Beziehungen. Sicherheitspolitische Perspektiven dargestellt am Beispiel des NATO-Wandels, in: *Reader Sicherheitspolitik* Nr. 8/2003, S. 74-88.
- Alamir, Melanie/August Pradetto* (1997): Osteuropa und die NATO: Identitätssuche als Motiv für die Sicherheitspolitik. *Studien zur internationalen Politik* Nr. 1. Hamburg.
- Ayoob, Mohammed* (1997): Defining Security: A Subaltern Realist Perspective, in: Keith Krause/Michael C. Williams (Hrsg.): *Critical Security Studies. Concepts and Cases*. Minneapolis, S. 121-148.
- Barnett, Michael/Martha Finnemore* (1999): The Politics, Power, and Pathologies of International Organizations, in: *International Organization*, 53:3, 699-732.
- Börzel, Tanja/Thomas Risse* (2003): Conceptualizing the Domestic Impact of Europe, in: Featherstone, Kevin/Claudio M. Radaelli (Hg.) (2003): *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press, S. 57-80.
- Börzel, Tanja/Thomas Risse* (2000): When Europe Hits Home: Europeanisation and Domestic Change, in: *European Integration Online Papers*, 4:15, unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm> (Zugriff 26.8.2006).
- Bonacker, Thorsten* (2003): Zusammenhalt im Widerstreit. Zur symbolischen Integration durch Gemeinschaft, in: Burkhard Liebsch (Hrsg.): *Lebensformen im Widerstreit*. Frankfurt a.M., s. 435-462.
- Bonacker, Thorsten/Jan Bernhardt* (2006): Von der *security community* zur *securitized community*. Zur Diskursanalyse von Versicherheitlichungsprozessen am Beispiel der Konstruktion einer europäischen Identität, in: Alexander Siedschlag (Hrsg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse*. Wiesbaden, S. 219-242.
- Brzezinski, Zbigniew* (1994): NATO Expand or Die?, in: *The New York Times* vom 28. Dezember 1994.
- Bull, Hedley* (1977): *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*. Basingstoke.

- Buzan, Barry* (1997): Rethinking Security After the Cold War, in: *Cooperation and Conflict*, 32:1, 5-28.
- Buzan, Barry/Ole Wæver/Jaap de Wilde* (1998): *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder – London.
- Checkel, Jeffrey T.* (2005): International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework, in: *International Organization* 59:4, 801-826.
- Checkel, Jeffrey T.* (2001): Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: *International Organization*, 55:3, 553-588.
- Cornish, Paul* (1997): NATO at the millenium: New missions, new members ... New strategy?, in: *NATO-Review* Nr. 5 (September/October), S. 21-24.
- Cortell, Andrew P./James W. Davis* (2005): When Norms Clash: International Norms, Domestic Practices, and Japan's Internalization of GATT/WTO, in: *Review of International Studies*, 31:3, 3-25.
- Cortell, Andrew P./James W. Davis* (1996): How Do International Institutions Matter? The Domestic Impact of International Rules and Norms, in: *International Studies Quarterly*, 40:4, 451-478.
- Coughlan, Elizabeth P.* (1998): Democratizing Civilian Control: The Polish Case, in: *Armed Forces & Society*, 24:4, 519-532.
- Das Strategische Konzept des Bündnisses*, vereinbart von den Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Nordatlantikrats am 7./8. November 1990 in Rom, *NATO-Handbuch* 1995, S. 253-268.
- Deutsch, Karl W. et al* (1969): *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the light of historical experience*. New York: First Greenwood Reprinting.
- Deutsch, Karl W.* (1968): *Die Analyse internationaler Beziehungen*. Frankfurt a.M.
- Dimitrova, Antonaneta/Mark Rhinard* (2005): The power of norms in the transposition of EU directives, in: *European Integration Online Papers*, 9:16, unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2005-016a.htm> (Zugriff 26.8.2006).
- Einladung zur „Partnerschaft für den Frieden“* vom 11. Januar 1994 im Rahmen des Treffens des Nordatlantikrats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, in: *Bulletin der Bundesregierung* (3) 1997, S. 23-25.
- Epstein, Rachel* (2006): NATO Enlargement and the Spread of Democracy: Evidence and Expectations, in: *Security Studies* 14:1, 59-98.
- Epstein, Rachel* (2003): *The Internationalization of Finance and Defense in Postcommunist Poland*. EUI Working Papers 2003/02. Florenz: European University Institute.
- Finnemore, Martha* (1996): *National Interests in International Society*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Finnemore, Martha/Kathry Sikkink* (1998): International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization*, 52:4, 887-917.
- Fischer, Sabine* (2005): Dissonante Diskurse und fragmentierte Außenpolitik – Russland und der Krieg der NATO im Kosovo, in: *Cornelia Ulbert/Christoph Weller*

(Hrsg): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Wiesbaden, S. 157-189.

Fischer, Sabine (2003): Russlands Westpolitik in der Krise, 1992-2000. Eine konstruktivistische Untersuchung. Frankfurt a.M./New York.

Flockhart, Trine (2006): Complex Socialization: A framework for the Study of State Socialization, in: *European Journal of International Relations*, 12:1, 89-118.

Flockhart, Trine (2004): 'Masters and Novices': Socialization and Social Learning through the NATO Parliamentary Assembly, in: *International Relations*, 18:3, 361-380.

Frank, Cornelia (2005): Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation. DIAS-Analyse Nr. 17. Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik. Düsseldorf.

Frank, Cornelia (2003): Polnische Sicherheitspolitik. Warschauer Position zur ESVP. Eine gesellschaftstheoretische Annäherung. Arbeitspapier Nr. 2/2003 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Hamburg.

Freistein, Katja (2004): Reine Rhetorik? Die Vision einer ASEAN-Gemeinschaft. HSFK-Report Nr. 2/2004, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt a.M.

Gheciu, Alexandra (2005a): NATO in the 'New Europe'. The Politics of International Socialization after the Cold War. Stanford, California: Stanford University Press.

Gheciu, Alexandra (2005b): Security Institutions as Agents of Socialization? NATO and the 'New Europe', in: *International Organization* 59:4, 973-1012.

Gießmann, Hans-Joachim (Hg.) (1997/98): Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden.

Haftendorn, Helga (1999): Der Wandel des Atlantischen Bündnisses nach dem Ende des Kalten Krieges, in: *Monika Medick-Krakau* (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden, S. 257-284.

Haftendorn, Helga/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (1999) (Hrsg.): *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*. Oxford.

Hasenclever, Andreas/Peter Mayer/Volker Rittberger (1997): *Theories of International Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.

Heidemann-Grüder, Andreas (2003): Im Namen der Nato. Sicherheitspolitik und Streitkräfte reform in Osteuropa. Münster.

Héritier, Adrienne (2001): *Differential Europe: The European Union Impact on National Policymaking*. Lanham.

Ikenberry, G. John/Charles A. Kupchan (1990): Socialization and Hegemonic Power, in: *International Organization*, 44:3, 283-315.

Jacoby, Wade (2004): *The Enlargement of the EU and NATO: Ordering from the Menu in Central Europe*. Cambridge.

Jacoby, Wade (2001): Tutors and Pupils: International Organizations, Central European Elites, and Western Models, in: *Governance* 14:2, 169-200.

- Joenniemi, Pertti* (2004): A Deutschan security community? Nordic peace reframed, in: Stefano Guzzini/Dietrich Jung (Hrsg.): Contemporary Security Analysis and Copenhagen Peace Research. London/New York, S. 143-153.
- Johnston, Alastair Iain* (2001): Treating International Institutions as Social Environments, in: International Studies Quarterly 45:4, 487-515.
- Kelley, Judith* (2004): Ethnic Politics in Europe: The Power of Norms and Incentives. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Kelley, Judith* (2004): International Actors on the Domestic Scene: Membership Conditionality and Socialization by International Institutions, in: International Organization 58:2, 425-457.
- Keohane, Robert O./Joseph S. Nye/Stanley Hoffmann* (1993): After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991. Cambridge/Mass.
- Knudsen, Olav F.* (2001): Post-Copenhagen Security Studies: Desecuritizing Securitization, in: Security Dialogue, 32:3, 355-368.
- Koszel, Bogdan* (1996): Polens dorniger Weg in die NATO, in: Wolfram Wallraf (Hg.): NATO-Osterweiterung: Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel? Potsdam, S. 89-102.
- Kratochwil, Friedrich V./John G. Ruggie* (1986): International Organization. A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization, 40:3, 753-75.
- Latawski, Paul* (2002): Democratic Control of Armed Forces in Postkommunist Poland: The Interplay of History, Political Society and Institutional Reform, in: Andrew Cottey/Anthony Forster/Timothy Edmunds (Hg.): Democratic Control of the Military in Postcommunist Europe. Guarding the Guards. Houndmills, New York, S. 21-43.
- Legro, Jeffrey W.* (1996): Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step, in: American Political Science Review, 90:1, 118-37.
- Lugar, Richard* (1993): NATO: Out of Area or Out of Business, Ausführungen be idem Open Forum des U.S. State Department, 2. August 1993, Washington D.C.
- March, James G./Johan R. Olsen* (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. New York.
- McCalla, Robert B.* (1996): NATO's Persistence after the Cold War, in: International Organization 50:3, 445-475.
- Mearsheimer, John J.* (1990): Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War, in: International Security 15:1, 5-56.
- Michta, Andrew A.* (2002): NATO Standards and Military Reform in Poland: A Revolution from Without, in: Ronald H. Linden (Hg.): Norms and Nannies. The Impact of International Organizations on the Central and East European States. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, S. 165-177.
- Partnerschaft für den Frieden*“ vom 11. Januar 1994 im Rahmen des Treffens des Nordatlantikrats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, in: Bulletin der Bundesregierung (3) 1997, S. 23-25.

- Przystrom, Janusz* (1997): Polen zwischen der NATO und Russland: Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsstrategien, in: August Pradetto (Hg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen, S. 101-128.
- Risse, Thomas* (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Gunther Hellmann/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, S. 99-132.
- Risse-Kappen, Thomas* (1996): Collective IDentity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. New York, S. 357-399.
- Ruggie, John Gerard* (1998): What Makes the World Hang Together? Neo-utilitarianism and the Social Constructivist Challenge, in: International Organization 52:4, 855-885.
- Russett, Bruce* (1998): A neo-Kantian perspective: democracy, interdependence, and international organizations in building security communities, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.): Security Communities. Cambridge, S. 368-394.
- Schimmelfennig, Frank* (2003a): The EU, NATO and the Integration of Europe. Rules and Rhetoric. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schimmelfennig, Frank* (2003b): Internationale Sozialisation: Von einem „erschöpften“ zu einem produktiven Forschungsprogramm?, in: Hellmann, Gunther/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, S. 401-427.
- Siedschlag, Alexander* (2004): Der Wandel der NATO – Wissenschaftliche Prognosen und politische Realitäten, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.): Wissenschaft, Politik und Politikberatung. Frankfurt a.M., S. 91-111.
- Simon, Jeffrey* (1996) : NATO Enlargement and Central Europe : A Study in Civil-Military Relations. Fort McNair: National Defense University.
- Stefanova, Boyka* (2002): The Baltic States' Accession to NATO and the European Union: An Extension of the European Security Community?, in: Journal of International Relations and Development 5:2, 156-181.
- Steves, F.* (2001) : Poland and the international system : external influences on democratic consolidation, in : Communist and Post-Communist Studies, 34 :1, 339-352).
- Strategisches Konzept des Bündnisses* vom 8. November 1990 im Rahmen des Treffens des Nordatlantikrats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Rom, in: NATO-Handbuch 1995, S. 253-268.
- Study on NATO Enlargement*, September 1995, unter <http://www.nato.int/docu/basic/txt/enl-9501.htm> (Zugriff 3.9.2007).
- Theiler, Olaf* (2003): Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen. Baden-Baden.

Tilly, Charles (1998): International Communities, secure or otherwise, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.): Security Communities. Cambridge, S. 397-412.

Waltz, Kenneth N. (2000): NATO Expansion: A Realist's View, in: Contemporary Security Policy 21:2, 23-38.

Waltz, Kenneth N. (1993): The Emerging Structure of International Politics, in: International Security, 18:2, 44-79.

Wæver, Ole (1998): Insecurity, Security, and Asecurity in the West European Non-war Community, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.): Security Communities. Cambridge, S. 69-118.

Wæver, Ole (1997): Concepts of Security. Kopenhagen.

Wæver, Ole (1995): Securitization and Desecuritization, in: Ronnie D. Lipschutz (Hrsg.): On Security. New York, S. 46-86.

Wendt, Alexander (1996): Collective Identity Formation and the International State, in: American Political Science Review 88:2, 384-398.

Wiener, Antje (2003): Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft, in: Gunther Hellmann/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, S. 133-159.